



# PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 11. MAI 2022



## ANTRAG 10-MINUTEN-STADT: NEUE ANGEBOTE FÜR DIE „LETZTE MEILE“

Das 10-Minuten-Stadt-Konzept, das die SPD-Fraktion für Bremen und Bremerhaven formuliert hat, verfolgt vor allem ein Ziel: Sie zu Städten der kurzen Wege zu machen. Dazu gehört auch ein kurzer Weg zur nächsten Haltestelle – dies hatte die Bürgerschaft bereits im Januar beschlossen. Heute hat das Parlament nun auf Initiative der SPD-Fraktion einen weiteren Antrag aus dem 10-Minuten-Stadt-Konzept beschlossen. Darin wird der Senat aufgefordert, zu prüfen, ob wie in anderen Städten ein sogenanntes Ridesharing-Angebot dabei helfen kann, die Distanz vom Zuhause zur Haltestelle zu verringern.



„Immer noch benötigen viele Menschen, insbesondere auch in den innenstadtfremern Quartieren in Bremen und Bremerhaven, einen viel zu langen und zeitaufwendigen Weg zu oder von einer ÖPNV-Haltestelle“, sagte die verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Anja Schieman, in ihrer Rede. „Das führt gerade in diesen Gebieten Bremens und Bremerhavens dazu, dass die Menschen, die in diesen Quartieren leben und wohnen, für die Überwindung dieser sprichwörtlich ‚ersten und letzten Meile‘, die aber natürlich oft noch weiter ausfällt, ihren privaten PKW nutzen.“

Man müsse sich daher mit der Frage auseinandersetzen, wie man als Land Anreize setzen könne, um mehr Menschen zum Umstieg vom Auto auf den ÖPNV zu bewegen und ihnen ein gutes, über Fahrradfahren und zu Fuß gehen hinausgehendes Angebot für diese erste und letzte Meile zu machen, so die Sozialdemokratin. „Es braucht auch in Bremen und Bremerhaven

neue kreative Angebote und Lösungen für einfache, kostengünstige und auch nachhaltige Mobilität in Einklang mit Klimaschutz und in Ergänzung zum klassischen, liniengebundenen ÖPNV!“

Die Einführung eines App-gesteuerten Ridesharing- oder auch Ridepooling-Angebotes könne eine solch sinnvolle Ergänzung sein, erklärte Schieman. Dabei handelt es sich um ein Modell, bei dem in der Regel Großraumfahrzeuge ein Angebot zwischen klassischem ÖPNV und Taxi machen. Über eine App gesteuert teilen sich Personen ein Fahrzeug, die in eine ähnliche Richtung unterwegs sind. Sowohl die Haltepunkte als auch die Fahrtzeiten sind dabei deutlich flexibler. Das kann nicht zuletzt für die sogenannte letzte Meile eine gute und flexible Möglichkeit sein.

In anderen großen Städten wie zum Beispiel Hamburg und Hannover gibt es solche Angebote bereits, dort werden sie von einer VW-Tochter angeboten. In anderen Städten wird das Angebot als Teil des ÖPNV von den Verkehrsbetrieben angeboten.

„In einem ersten Schritt fordern wir deshalb mit unserem Antrag den Senat auf, zeitnah Gespräche mit vergleichbaren Großstädten und deren Verkehrsbetrieben hinsichtlich der Erfahrungen mit diesem Thema, zu Fragen der Angebote, Kosten,



Finanzierung, Nachfrage und verkehrlichen Wirkung aufzunehmen“, erklärte Schieman. „In einem zweiten Schritt sollen dann darauf aufbauend Gespräche mit potenziellen Anbietern und auch dem ansässigen Taxigewerbe über die Möglichkeiten solcher Systeme in Bremen und Bremerhaven geführt und der Bürgerschaft über die Ergebnisse berichtet werden.“

Schieman betonte abschließend: „Im Sinne unseres 10-Minuten-Stadt-Konzeptes kann nach unserer Auffassung ein entsprechendes Ridesharing- oder Ridepooling-Angebot vor allem auch zur Überwindung der ersten oder letzten Meile einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Wege zu verkürzen und darüber hinaus die Anzahl der privaten PKW, auch des ruhenden Verkehrs, auf unseren Straßen und in unseren Quartieren in Bremen und Bremerhaven zu verringern.“

Weitere Infos zur 10-Minuten-Stadt:  
[10-minuten-stadt.de](http://10-minuten-stadt.de)



## ANTRAG **LÄRMKONFLIKTEN VORBEUGEN – SCHALLSCHUTZFONDS AUFLEGEN**

**Bremen bekommt einen Schallschutzfonds. Das hat die Bürgerschaft heute auf Initiative der rot-grün-roten Koalition beschlossen. Damit sollen Betreibende von Musikspielstätten bei Lärmkonflikten durch fachliche Beratung und finanzielle Hilfe unterstützt werden. „Damit wollen wir Clubs in Zukunft schützen und Anwohner:innen in Ruhe schlafen lassen“, sagte der kulturpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Elombo Bolayela, in seiner Rede.**

Die Menschen hätten ganz unterschiedliche Interessen, erklärte Bolayela. Die einen wollten den Alltag hinter sich lassen, tanzen und feiern, die anderen hätten ein Bedürfnis nach Ruhe und Schlaf. In dicht bebauten Städten wie Bremen und Bremerhaven trafen diese Bedürfnisse oft auf engem Raum aufeinander und müssten nebeneinander ausgelebt werden. „Oft funktioniert das gut, denn unsere Stadtgesellschaften sind rücksichtsvoll und von nordischer Gelassenheit geprägt. Betreibende von Musikclubs und Freiluftpartys versuchen, auf eine angemessene Regulierung ihrer Lautstärke zu achten, und in den angrenzenden Nachbarschaften wird im Zweifel auch mal ein Ohr zugedrückt. Bahnen sich Lärmkonflikte an, gehen die meisten Anwohner:innen und Clubbetreibende aktiv aufeinander zu und suchen das direkte Gespräch, um dann gemeinsam Lösungen zu entwickeln“, so der Sozialdemokrat.

Lärmkonflikte seien aber nicht in allen Fällen zu verhindern. Und dies liege auch daran, dass insbesondere ehrenamtlich organisierte Clubs und Freiluftpartys sich einen umfassenden Lärmschutz oft nicht

leisten könnten. Bolayela: „Das bedeutet: Selbst wenn die Bereitschaft zu mehr Lärmschutz im Sinne einer guten Nachbarschaft groß ist, bleiben Lärmkonflikte oft bestehen. Kulturpolitisch kann die Schließung von Clubs oder Freiluftpartys dann aber auch keine Lösung sein.“

An dieser Stelle setzt der heute verabschiedete Antrag an. Darin wird der Senat beauftragt, ein Programm zu entwickeln, das solchen Konflikten vorbeugt. Dieses Programm beinhalte zwei wesentliche Komponenten, erklärte Bolayela. „Betreibende von Musikstätten sollen in Zukunft ein professionelles Lärmschutzgutachten beantragen können, das Lärmschutzbedarfe feststellt und entsprechende



**Elombo Bolayela**

Maßnahmen vorschlägt. Dafür übernehmen wir die Kosten. Basierend auf diesem Gutachten wollen wir sie dann bei der Umsetzung der Lärmschutzmaßnahmen unterstüt-

zen – zum einen durch fachliche Beratung, zum anderen durch eine finanzielle Förderung von bis zu 50.000 Euro. Dabei muss ein Eigenanteil von bis zu 20 Prozent geleistet werden.“

„Wir stehen in unseren Städten Bremen und Bremerhaven immer wieder vor der Herausforderung, unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse auf engem Raum zusammenbringen zu müssen“, fasste Bolayela abschließend zusammen. Quer durch unsere Quartiere wollen wir kulturelles Leben ermöglichen. Dazu gehören auch Musikclubs und subkulturelle Outdoorpartys. Gleichzeitig müssen wir das Bedürfnis vieler Menschen nach Ruhe in ihrer direkten Wohnumgebung beachten und ebenfalls schützen. Mit dem Lärmschutz-Förderprogramm, das wir heute auf den Weg bringen, schaffen wir ein Instrument, das das räumliche Nebeneinander beider berechtigten Bedürfnisse in Zukunft besser ermöglichen wird.“

**>Antrag: Clubs schützen und Lärmkonflikten vorbeugen – Einrichtung eines Schallschutzfonds**

<https://bit.ly/schallschutzfonds>



## ANTRAG **REPARATUROFFENSIVE FÜR DAS LAND BREMEN!**

**Geht ein Haushaltsgerät, Werkzeug oder Elektroartikel kaputt, steht man vor der Wahl: Neukauf oder Reparatur? Oft – zu oft – fällt die Wahl auf die Neuanschaffung. Die Gründe hierfür sind oftmals identisch. Eine Reparatur ist zu teuer, zu aufwendig, zu umständlich – oder schlicht nicht möglich. In der heutigen Sitzung des Landtages hat die rot-grün-rote Koalition nun dafür gesorgt, dass das Land Bremen einen weiteren Schritt in Richtung Zero Waste geht – indem eine Reparatufoffensive aufgelegt wird.**

„Wir stehen vor der großen Aufgabe der Dekarbonisierung“, führte der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Arno Gottschalk, in seiner Rede vor dem Parlament aus. „Doch dahinter steht noch eine größere Herkulesaufgabe. Denn solange die Sonne scheint, haben wir auf der Erde zwar Energie genug, Rohstoffe aber sind endlich“.



Arno Gottschalk

Alle Länder und Kommunen müssten dazu einen Beitrag leisten. Bremen habe hier schon den ersten Schritt gemacht, indem im vergangenen Jahr mit der

Erarbeitung eines Zero-Waste-Aktionsplans begonnen wurde.

„Heute gehen wir einen weiteren wichtigen Teilschritt, indem wir eine Reparatufoffensive auf den Weg bringen“, so Gottschalk. Teil dieser Reparatufoffensive sind Ressourcenzentren und Repaircafés, ebenso wie Bauteil- und Recyclingbörsen. Außerdem sieht der Antrag die Prüfung der Einrichtung eines Reparaturnetzwerkes vor. Weiterhin soll geprüft werden, ob ein Reparaturbonus nach thüringischem oder österreichischem Vorbild möglich ist. Gottschalk: „Reparatur statt Wegschmeißen ist ein wichtiger und großer Schritt für eine mögliche Kreislaufwirtschaft“ – also einem Kreislauf, indem möglichst wenige bis keine Ressourcen verschwendet und

vernichtet werden. „Dafür müssen wir nicht nur die Infrastruktur schaffen, sondern auch finanzielle Anreize schaffen“, sagte der Sozialdemokrat – und wies auf das Wiener Modell hin, bei dem EU-Gelder für den Reparaturbonus verwendet werden. „Und nicht zuletzt müssen Produkte eben auch reparaturfreundlich werden“, so der SPD-Abgeordnete zum Ende seiner Rede. „Wir müssen unterstützen, dass die ordnungsrechtlichen Möglichkeiten auf allen Ebenen ausgeschöpft werden – der Ökologie wird es nutzen!“

**>Antrag: Elektroschrott vermindern, Handwerk stärken und Ressourcen schonen: Reparatufoffensive für Bremen**  
[http://bit.ly/reparatufoffensive\\_hb](http://bit.ly/reparatufoffensive_hb)